

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.10 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Kettame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Bela Kahun und Gabor werden freigelassen.

Berlin, 29. Juli. Am 28. ds. Mts. ist der Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich zwei politische Hauptpersonen, darunter Bela Kahun, befanden, in Stettin angelangt worden.

Am 22. ds. Mts. hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Kahuns stellen werde. Seitdem ist eine Woche verstrichen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht angängig erschien, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Kahuns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

Spiegel in den Großbetrieben!

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Dem Vorwärts wird aus Magdeburg berichtet, daß die Nachforschungen im Anschluß an die Schwindelmeldung der Magdeburger Zeitung über das angebliche Geheimabkommen zwischen den Unabhängigen und Ruhlosen ergeben haben, daß in Magdeburger Großbetrieben, zum Teil im Einvernehmen mit den Unternehmern, sogenannte Detektive als Arbeiter eingekleidet sind, die die Aufgabe haben, die Arbeiter auszuwachen und das Ergebnis zur weiteren Verarbeitung an die Zentrale abzuliefern. Die Berliner Hauptzentrale ist die Antikommunistische Liga, eine Unterzentrale ist die Deutsche Wirtschaftshilfe G. m. b. H. in Berlin. Die Detektive für die Großbetriebe stellt die sogenannte Pinter-Gesellschaft, Berlin, Kaiserstraße 68, die in Wirklichkeit nur ein Zweigunternehmen der antikommunistischen Liga ist.

Die Genfer internationalen Kongresse.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Genf wird dem Berliner Tageblatt berichtet, daß der Kongress der 2. Internationale, der am Sonnabend zu tagen beginnt, wahrscheinlich von dem belgischen Justizminister Vandervelde geleitet wird, da Branting sich wegen Krankheit entschuldigen ließ. Italien und Frankreich sind auf dem Kongress nicht vertreten. Die Humanität ignoriert den Kongress vollkommen. Die wichtigsten Gegenstände der Verhandlung dürften die Einheit der Parteien und die Absage an den russischen Diktatordenkmalen sein. Wie Hunsman versichert, sind fast alle zusammenkommenen 200 Delegierten antikommunistisch gesinnt.

Am Montag beginnt ebenfalls in Genf der internationale Bergarbeiterkongress seine Sitzungen. Es haben sich bisher angemeldet: 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, 1 Oesterreicher und 1 Ungar. Ob die Amerikaner kommen, weiß man noch nicht. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die von den Engländern vorgeschlagene „Nationalisierung“ der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich: Internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechs-Stundentages. Dieses letztere Thema, das bekanntlich schon in Spa von Hue berührt wurde, erweckt nach dem Berliner Tageblatt in der französischen Presse ein gewisses Mißtrauen. Man beginnt zu fürchten, daß auf dem Genfer Kongress eine Sabotierung der Beschlüsse von Spa versucht werden wird.

Landarbeiterstreik im Freistaat Braunschweig.

Braunschweig, 30. Juli. (Ul.) Die organisierten Landarbeiter beschloßen zwecks Erreichung höherer Löhne und Abbau der Lebensmittelpreise für den gesamten Freistaat Braunschweig den allgemeinen Landarbeiterstreik. Zur Durchführung des Streikbeschlusses sind gestern die Arbeiter und Arbeiterinnen auf einer Reihe größerer Güter der Arbeit ferngeblieben. Wegen der ungünstigen Witterung steht im Freistaat Braunschweig noch ein großer Teil der Ernte auf dem Felde.

Feuerungsunruhen in Danzig.

Danzig, 29. Juli. Gelegentlich einer heute nachmittags auf dem Heumarkt abgehaltenen Demonstrationsversammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in einer Sitzung des Staatsrats anwesende Oberbürgermeister Dr. Sahm wurde gewalttätig aus der Sitzung herausgeholt und schwer mißhandelt. Der Oberbürgermeister mußte der Menge versichern, daß er sich für die Erfüllung ihrer Forderungen einsetzen werde. Beim Abzug der

Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, bei dem ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Danzig, 30. Juli. Gestern Abend war die Ruhe wieder hergestellt. General Hanking, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing abermals die Vertreter der Danziger Presse und widersprach einer Nachricht des Organs der Unabhängigen, nach der 22 englische Soldaten wegen Verweigerung der Entladung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers Triton in Haft genommen worden sein sollen. Diese Meldung hatte die Menge veranlaßt, einen Versuch zur Befreiung der verhafteten Soldaten zu unternehmen. Die Demonstrationsversammlung war durch die zu hohen Steuern und die ständig steigende Verteuerung der Lebensmittel veranlaßt worden.

Polnische Arbeiter zum Munitionsausladen in Danzig.

Posen, 29. Juli. (Ul.) Dancinik Poznanski erfährt, daß im Falle einer weiteren Weigerung der Danziger Arbeiter, Munition für Polen auszuladen, polnische Arbeiter diese Arbeit unter dem Schutz von Ententetruppen übernehmen werden.

Um eine neue Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 29. Juli. Im großen Ausschuss des Kohlenrats wurde ein Antrag, vom 1. August ab eine Kohlenpreiserhöhung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpreiskartells um 9 Mk. für die Tonne einzutreten zu lassen, angenommen, nachdem Staatssekretär Dr. Hirsch erklärt hatte, die Reichsregierung sei bereit, für den Bergarbeiterheimstättenbau sofort 300 Millionen Mark im Kreditwege bereitzustellen. Staatssekretär Dr. Hirsch legte gegen die Erhöhung im Namen der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleiner Ausschuss aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbau-Interessenten morgen darlegen soll.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der gestrigen Sitzung des reichswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages wurde die Beratung der Vorlage über die Verlängerung der Kohlensteuer erledigt. Der Reichsfinanzminister Wirth erklärte seine Zustimmung zu dem demokratischen Antrag, das Gesetz bis zum 31. März 1921 zu verlängern. Er erklärte aus, daß die Finanzlage einen immer bedauerlicheren Charakter annehme, er könne deshalb auf die Kohlensteuer nicht verzichten. Sie sei eine der wenigen Einnahmequellen, die auch tatsächlich eingehe, während die Beihilfen nur sehr wenig einbringen. Die Vertreter unserer Fraktion wendeten sich gegen diese Steuer. Genosse Dr. Herz erklärte, daß der Kohlenpreis zum mindesten auf den gegenwärtigen Stand beschränkt werden müsse. Wenn dies nicht geschehe, so wird die Steuer, da weitere Preiserhöhungen für Kohlen in den nächsten der Unternehmung liegen, nicht 4% Milliarden, sondern unter Umständen 6 bis 8 Milliarden bringen. Trotz dieser Darlegungen wurde jedoch der Antrag der Unabhängigen auf Festsetzung der Kohlensteuer auf 4 Mark pro Tonne wie 1917 abgelehnt, also auch der Eventualantrag, die Steuer nur zu dem am 1. August 1920 festgesetzten Preise zu erhöhen. Auch die Freilassung des Hausbrandes von der Kohlensteuer wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt. Ebenso der Antrag Heil auf nur dreimonatige Gültigkeit des Gesetzes. Auch die Resolution Heil für die Vorlage eines Sozialisierungsgesetzes wurde von den Vertretern der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Freiheit bemerkt zu den Beschlüssen des Ausschusses: „Stimmt das Plenum ihnen zu, so wird jede Gesundung des Wirtschaftslebens von vornherein verhindert. Die Preissteigerungen setzen neuerdings ein und die Taschen der Minderbemittelten müssen mit ihren wenigen Pfennigen die Milliarden herbeischaffen, die die Besitzenden dem Reiche entziehen.“

Große Streikbewegung in Norwegen.

Christiania, 29. Juli. (Ul.) Die Streiksfrage hat sich verschärft. Auch die Arbeiter der Wasser- und Gaswerke, sowie des Begräbniswesens haben den Streik erklärt. Der Betrieb der Gaswerke wird durch die technische Nothilfe notdürftig aufrecht erhalten. In Drontheim besteht gleichfalls ein allgemeiner Streik. In Hamar haben 200 Eisenbahnfunktionäre die Arbeit eingestellt. In Drontheim selbst mußte jeder Verkehr vollkommen eingestellt werden, da alle Funktionäre in den Streik getreten sind.

Der Eisenbahnerausstand spielt sich weiter zu. In Drontheim wollen die Eisenbahner die Eisenbahndirektion absetzen, um die Bahn zu sozialisieren. Die Direktion beabsichtigt, den Verkehr mit Hilfe von Militär aufrechtzuerhalten.

Um die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit — Rosefeld.

Berlin, 29. Juli.

Am letzten Tage der Nationalversammlung sollte die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit beschlossen werden; die Rechtsparteien brachten es dennoch fertig, die Beschlußfassung zu verhindern, indem sie viele ihrer Mitglieder abkommandierten, daß kein beschlußfähiges Haus mehr vorhanden war. Dann zweifelten sie die Beschlußfähigkeit an, worauf das Gesetz mit all der schon darauf verwendeten Arbeit unter den Tisch fiel.

Nun ist der damalige Gesetzesentwurf von den Rechtssozialisten als Antrag eingebracht und auch schleunigst beraten worden. Die Rechtsparteien verlegten sich dabei nicht nur auf die grundsätzliche Bekämpfung des neuen Gesetzes, sondern suchten durch Anträge sowie als möglich von dem alten System zu retten. Bei der zweiten Lesung, die heute stattfand, sandten sie zwei bekannte Militärs vor; den General Gallwih von den Deutschnationalen und den Konteradmiral Brünninghaus. Beide wirkten mehr durch die Art, wie sie ihre Auffassung verfochten, als durch den Inhalt ihrer Reden. Es kam zu scharfen Zusammenstößen, besonders mit unsern Genossen, als Brünninghaus den Genossen Rosenfeld wegen seiner Kritik an den Militärgerichten unqualifizierbar angriff. Es will den beiden Militärs absolut nicht in den Kopf, daß über die Militärgerichte bei der übergrößen Mehrheit des Volkes nur ein Verdammungsurteil besteht. Diese Militärs sind offenbar der Meinung, dem Volke könnte mit Hilfe der Presse, der Kirche und sonstigen Beeinflussungsmitteln, die Auffassung eingetrichtert werden, daß die Militärgerichte heute noch notwendig und ohne sie das Ende jeglichen Militarismus da sei. Immer und immer wiederholten sie, auch die Republik müsse zu ihrer Erhaltung eine militärische Macht und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in dieser Militärgerichte haben. Herr von Gallwih mußte freilich zugeben, was der Demokrat Haas später noch besonders unterstrich, daß die Militärgerichtsurteile bei Mißhandlungen Untergebener schließlich unverständlich seien. Aber natürlich gab er diesen Teil der „Rechtsprechung“ nur preis, um desto kräftiger für die Erhaltung der Institution an sich einzutreten zu können.

Gleich mit seinem ersten Satze, man sollte es nicht für möglich halten, daß es in Deutschland jetzt noch jemand gibt, der für die Erhaltung der Militärgerichte eintritt, rief Genosse Rosenfeld bei den Militärparlamenten der Deutschnationalen und den deutschen Volksparteilern stürmische Entgegnungen hervor. Sie drängten sich um das Rednerpult, lärmten und schrien so, daß der Redner kaum zu verstehen war und der Präsident fast vergeblich Ruhe zu schaffen suchte. Das erdrückende Beweismaterial für die Notwendigkeit der schleunigen Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit, die Feststellung, daß nahezu die gesamte Bevölkerung sie fordere und auch die Kritik an der Unzulänglichkeit des Entwurfs und an den Ausschußbeschlüssen gab den Militärparlamenten Grund zu ihrer Entrüstung. Auch dem Zentrum ging die Kritik Rosenfelds zu weit; sein Redner, Herr Beck, bemerkte ausdrücklich, seine Partei lehne es ab, auf frühere Vorgänge zurückzukommen. Sehr verständlich! Besonders lebhaft wandte er sich gegen den Antrag Rosenfelds, der verlangt, daß künftig beim „Fluchtversuch“ kein Gebrauch von der Schusswaffe gemacht werden darf.

Weil der Volksparteiler Brünninghaus sich so scharf als er nur konnte, gegen die Vorlage gewandt hatte, machte der Demokrat Haas, der ihm folgte, darauf aufmerksam, daß es doch bedenklich sei, wenn Regierungsparteien so gegeneinander kämpfen, wie es in diesem Falle geschehe. Auf die Prophezeiungen der Rechtsparteien gibt Haas nicht viel, weil sie in letzter Zeit damit sehr wenig Glück gehabt haben. Es sei auch schlechterdings nicht zu verstehen, wie man für ein 100 000-Mann-Heer eine besondere Gerichtsbarkeit begründen wolle.

Bei der Abstimmung über den Antrag Rosenfeld blieb das Ergebnis zweifelhaft, so daß der Hammelsprung gemacht werden mußte; mit 192 gegen 142 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Die übrigen Paragraphen riefen keine besondere Debatte mehr hervor, die dritte Lesung und damit die Entscheidung wird später, aber noch vor den Ferien vorgenommen.

Beim Kapitel Reichspräsident des Notetats hielt Genosse Bogtner wegen der Unterzeichnung von Todesurteilen und der Verhängung des Belagerungszustandes über das Ruhrrevier mit Ebert und seinen Regierungen scharfe Abrechnung. Sie war so wirkungsvoll, daß sich sowohl Müller, der verlassene Reichszentraler, wie denn später der Reichsjustizminister Henze schließend